

„NPD politisch bekämpfen“

Skeptische Reaktionen aus der CDU auf Forderung nach Parteiverbot

► FRANKFURT (ap). Die Diskussion um ein NPD-Verbot ist gestern neu entfacht worden: Der Zentralrat der Juden in Deutschland forderte mit Nachdruck ein neues Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und erhielt dabei Unterstützung vom SPD-Innenminister in Sachsen-Anhalt, Hövelmann. SPD-Chef Beck setzt sich derweil für eine Initiative aller Demokraten gegen Rechtsextremismus ein.

Hövelmann sprach sich für ein NPD-Verbot aus. „Ich bin überzeugt, die NPD ist eine verfassungsfeindliche Partei“, sagte der SPD-Politiker. Zudem habe sich seit Scheitern des Parteiverbots 2003 viel verändert. Die Partei habe ihre Basis durch die systematische Integration neonazistischer Kameradschaften gestärkt. Deren Gewalttaten gegen politische Gegner, Ausländer und Behinderte seien für die NPD offenbar kein Hinderungsgrund, sagte Hövelmann, der auch SPD-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt ist. Hövelmanns CDU-Amtskollegen

aus Bremen und Baden-Württemberg, Röwekamp und Rech, sowie der thüringische Ministerpräsident Althaus wandten sich aber gegen einen derartigen Versuch. „Parteiverbotsverfahren helfen uns nicht weiter, wir müssen die NPD politisch bekämpfen“, sagte Rech.

Der Vizepräsident des Zentralrats der Juden, Graumann, hatte Politik und Gesellschaft zu einem entschlosseneren Vorgehen gegen Rechtsextremisten aufgefordert. Es gehe darum, „dem braunen Pöbel die rote Karte zu zeigen“, sagte er. Das Verbot der NPD gehöre schnellstens wieder auf die Tagesordnung. Wer dieses gebetsmühlenhaft zum Tabu erkläre, sende der NPD ein ganz falsches Signal von Resignation und Kapitulation. Graumann beklagte zudem einen wieder offen gezeigten Antisemitismus und schlug einen „Demokratiegipfel“ zu diesen Themen bei Bundeskanzlerin Angela Merkel vor.

Graumann nannte es schier unerträglich, dass die NPD jedes Jahr Millionenbeträge an öffentlichen Mitteln einsacke und so mit Steuergeldern kräftig gepöppelt werde. Zudem könne sie in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern jetzt die parlamentarische Plattform nutzen und missbrauchen, „um ihr politisches Gift zu verbreiten“.

SPD-Chef Beck verlangte „einen gemeinsamen Beitrag aller Demokraten“ gegen das Erstarken des Rechtsextremismus besonders in Ostdeutschland. Die SPD habe bereits einige Sonderaktionen gestartet, „um dort, wo die NPD besonders stark ist, auch mit Unterstützung der Bundes-SPD gegenzuhalten“. Gerade Jugendliche müssten von den Verlockungen rechtsextremistischer Parteien fern gehalten werden, sagte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident. Laut Beck unterstützt die SPD dabei auch gesellschaftliche Organisationen wie die Aktion Zivilcourage. —Leitartikel